

Oberkirch, 7. März 2016

Newsletter FDP

Auch in der Schweiz muss gespart werden! Der Bund muss mit gutem Beispiel vorangehen

Mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses in einem stetig düster werdenden internationalen Umfeld, kann es nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen immer mehr auf ihre Finanzen schauen müssen, während dem die Ausgaben des Bundes von Jahr zu Jahr stetig wachsen. Ein grosser Teil dieser Ausgaben wird von übertriebener Bürokratie und einer ständig wachsenden Bundesverwaltung generiert. Für die FDP sind Massnahmen zur Kostenreduzierung in der Verwaltung unverzichtbar.

Die Ausgaben des Bundes sind in einem unsicheren wirtschaftlichen Umfeld immer weiter angestiegen. Es ist deshalb umso wichtiger, dass diese in den kommenden Jahren massgeblich reduziert werden. Solche Einsparungen können nur durch strikte Vorgaben und mit einer strikten Anwendung des Stabilisierungsprogramms 2017-2019 garantiert werden.

Systematische Kontrolle von staatlichen Aufgaben

Staatliche Aufgaben müssen systematisch nach dem Pflichtenheft und den Effizienz- und Notwendigkeitskriterien des Bundes kontrolliert werden. Das Wachstum des Personals der Bundesverwaltung muss plafoniert werden, sowie der Aufwand für Beratungen und externe Dienstleistungen. Externe Ressourcen sind teuer und deren Nutzen oft ungenügend begründet. In den meisten Fällen ist es möglich, interne Ressourcen zu privilegieren, um Kosten zu reduzieren. Die Ausgaben des Bundes müssen also unbedingt gekürzt werden.

Stabilisierungsprogramm 2017 – 2019 unterstützen

Mit dem Stabilisierungsprogramm 2017 – 2019 können zukünftige Einsparungen erzielt werden. Ab 2017 soll der Bundeshaushalt gegenüber dem provisorischen Finanzplan 2017-2019 um knapp 800 Millionen entlastet werden. In darauffolgenden Jahren sollen Entlastungen im Umfang einer weiteren Milliarde erzielt werden.

Für die FDP ist es zentral, dass sich Sparmassnahmen und Kürzungen auf alle Departemente des Bundes verteilen. Ebenfalls ermöglicht das Programm, die Schuldenbremse für die kommenden Jahre einzuhalten und prioritäre Ausgaben zum Ende der Legislatur, die durch wichtige Vorlagen wie der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) oder die Unternehmenssteuerreform III (USR III) anfallen, zu antizipieren. Aus diesen Gründen befürworte ich im Grundsatz das Stabilisierungsprogramm 2017-2019.

Auf stark gebundene Ausgaben agieren

Der Druck auf dem Bundesbudget macht es unabdingbar, dass stark gebundene Ausgaben – welche nicht der Schuldenbremse unterliegen – ebenfalls unter die Lupe genommen werden. Dies verhindert überproportionale Kürzungen in anderen zentralen Bereichen (Bildung, Forschung, Sicherheit, Infrastruktur und weitere).

Mit einer konsequenteren Finanzpolitik können wir den negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage entgegenwirken. Der Staat sollte also mit gutem Beispiel vorangehen und

sich wie die FDP für eine Kostenbegrenzung einsetzen und notwendige Reformen einleiten, um einen schlanken und starken Staat zu gewährleisten.

Kontakte:

Albert Vitali, Nationalrat, 079 340 74 65, 041 921 89 75

Susan Widmer-Picenoni, Assistentin, 079 428 08 42